
Buchbesprechungen

Karl Adamek: Politisches Lied heute. Zur Soziologie des Singens von Arbeiterliedern. Band 4 der Schriften des Fritz-Hüser-Instituts Dortmund, Klartext-Verlag, Essen 1987, 230 S., 29,80 DM.

Über Arbeiterkultur gehen die Meinungen auseinander. Theorie steht gegen Theorie. Da tut es gut nachzulesen, welche Erfahrungen ein Mann der Praxis

gemacht hat. Karl Adamek arbeitet mit Songgruppen und Liedermachern zusammen, und er hat Schallplatten und Liedersammlungen herausgegeben. Er hat 700 MetaUarbeiterjugendliche befragt, welche Bedeutung das Singen von Arbeiterliedern für sie hat. Die Befunde sind ermutigend: „Es konnte nachgewiesen werden, daß auch heute ... aktive Gewerkschaftsjugendliche zunehmend wieder ein Be-

dürfnis entwickeln, in Liedern singend ihre Gemeinsamkeiten als Gruppe zum Ausdruck zu bringen“ (S. 198). „Sie lernen auf diesem Wege viel von der Arbeiterbewegung und besonders ihrer Geschichte kennen“ (S. 179).

In diesem Buch werden nicht allein die Ergebnisse der Befragung aufgearbeitet - Karl Adamek schildert in eigenen Kapiteln den Ursprung und die Entwicklung des Arbeiterliedes in Deutschland. Er weist nach, daß die Unterdrückung beziehungsweise der Mißbrauch dieser Lieder durch die Nazis verheerende Folgen gehabt haben. Nach 1945 war das Arbeiterlied so gut wie tot. Nur wenige Arbeiter-Chöre entstanden neu. Auf vielen Gewerkschaftskongressen sorgten Kammer-Orchester und Opern-Chöre für den kulturellen Rahmen. Arbeiterlieder waren nicht gefragt. Unter solchen Umständen konnten keine neuen Arbeiterlieder entstehen.

Die Verschlechterung der gesellschaftlichen Verhältnisse, die wachsende Zahl von Demonstrationen und Streiks hatten eine Wiederbelebung des politischen Liedes zur Folge. Typisch ist die Äußerung eines jungen Funktionärs der IG Metall: „Zum Beispiel beim Stahlarbeiterstreik, da hab' ich aus Solidarität mit am Tor gestanden. Da wurden alte Arbeiterlieder gesungen. Da habe ich zum ersten Mal erlebt, wie Arbeiterlieder richtig gesungen werden. Und die Leute waren nicht alle so alt“ (S. 155).

Und neue Lieder sind entstanden. Heute gibt es mehr als 300 gewerkschaftliche Songgruppen. Soziale Erfahrungen, die im 19. Jahrhundert gemacht wurden, fanden eine erneute Bestätigung: „Menschen sprechen sich singend Mut zu“ (Adamek) und: „Gemeinsames Singen stärkt die Solidarität.“

Das Buch ist, nicht zuletzt dank der Fotos und Dokumente, gut lesbar. Und es stiftet zum Singen an, denn Karl Adamek hat 30 Lieder mit Text und Notenbild ins Buch eingestreut.

Walter Köpping,
Essen

Wolfgang Däubler: Gläserne Belegschaften?, Datenschutz für Arbeiter, Angestellte und Beamte, Bund-Verlag, Köln 1987, 305 S., 34 DM.

Mit der Entscheidung des Bundesverfassungsgerichtes vom Dezember 1983 zur damals geplanten Volkszählung hat der Datenschutz auch im Betrieb eine wichtige Aufwertung erfahren. Däubler fragt, ob und in welchem Umfang die von diesem Gericht entwickelten Grundsätze zum Persönlichkeitsschutz auch auf das Arbeits- und das Beamtenverhältnis übertragbar sind. Er kommt zu dem Ergebnis, daß das „informationelle Selbstbestimmungsrecht“ auch für Arbeitnehmer und Beamte gilt. Der Arbeitgeber muß demzufolge eine „informationelle Gewaltenteilung“ praktizieren. Jeder Beschäftigte hat das Recht zu erfahren, was über ihn gespeichert wird. Im Rahmen der betrieblichen Mitbestimmung haben Betriebsrat und Personalrat umfassende Rechte, um die Belegschaft vor einer Totalüberwachung durch Personainformationssysteme und Betriebsdatenerfassung zu schützen.

Der Autor stellt fest, daß die vom Bundesverfassungsgericht entwickelten Grundsätze in der arbeitsgerichtlichen Rechtsprechung bisher nur eine bescheidene Resonanz gefunden haben. Auch die arbeitsrechtliche Literatur hält sich bisher noch zurück.

Däubler stellt die Rechte des einzelnen Arbeitnehmers bei der Korrektur und Löschung von Daten dar und behandelt ausführlich die Kontrollrechte von Betriebs- und Personalrat. Hier läßt sich das Buch wie ein Nachschlagewerk benutzen. In den Anhang sind die Europäische Datenschutzkonvention sowie das Volkszählungsurteil des Bundesverfassungsgerichtes vom 15. Dezember 1983 aufgenommen. Die wichtigsten BAG-Entscheidungen sind genannt und mit Fundstellen aufgelistet. Das Literaturverzeichnis enthält alle einschlägigen Veröffentlichungen zur Problematik.

Manfred H. Bobke-von Camen₅
Düsseldorf

Felix Rauner (Hrsg.): „Gestalten“ - eine neue gesellschaftliche Praxis, Verlag Neue Gesellschaft, Bonn 1988, 192 S., 38 DM.

Die Gestaltung von Arbeit und Technik unter humanen, ökologischen und sozialverträglichen Gesichtspunkten ist eine aktuelle Forderung. Sie ist entstanden vor dem Hintergrund nicht einschätzbarer Risiken in der Entwicklung und Diffusion neuer Technologien, ungeklärter Beschäftigungsrisiken oder -chancen und fortgesetzter Umweltzerstörung, die den Akteuren und Betroffenen immer bewußter wird.

In diesem Buch werden die Hürden aufgezeigt, die zwischen Gestaltungsanspruch und -Wirklichkeit hegen. Zum einen ist es ein inner- und interwissenschaftliches Problem, sich dem Gegenstand „Gestaltung“ zu nähern und angemessene Bearbeitungsformen zu finden. Es gilt, die traditionelle Arbeitsteilung zwischen den Natur- und Ingenieur- sowie den Sozialwissenschaften zu überwinden. Nur so kann der Komplexität der Fragestellungen einer „Arbeit- und Technik“-Forschung Rechnung getragen werden, und nur so können monokausale Analyse- und Entwicklungskonzepte vermieden werden. Auch in der öffentlichen Diskussion über das Thema Technikgestaltung bedarf es ständiger Anstrengungen, der Logik traditioneller Entwicklungskonzepte in der Technik einen kritischen Begriff von Gestaltung entgegenzusetzen. Dies ist um so wichtiger, als bislang auch von der Technik verursachte Probleme meist nur mit dem Einsatz neuer Technik reagiert wird. Als eine besondere Hürde stellt sich die Durchsetzung von Gestaltungsinteressen auch in der Politik und in der Arbeitswelt dar.

Wer sich beruflich an diesem „Hürdenlauf“ beteiligt, ihn mit Interesse wahrnimmt oder kritisch begleitet, findet in diesem Buch, das vom Vorsitzenden der Sachverständigenkommission „Arbeit und Technik“, die Mitte 1987 ihren Endbericht vorgelegt hat, herausgegeben wird, Anregungen und Perspektiven, den

Prozeß der Gestaltung zur gesellschaftlichen Praxis werden zu lassen.

Andreas Drinkuth,
Frankfurt/M.

Günther Schmid/Bernd Reissert/Gert Bruche: Arbeitslosenversicherung und aktive Arbeitsmarktpolitik. Finanzierungssysteme im internationalen Vergleich, edition sigma, Berlin 1987 (Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung: Forschungsschwerpunkt Arbeitsmarkt und Beschäftigung), 377 S., 33 DM

Die Finanzierung der Arbeitsmarktpolitik und deren Wirkungen für die jeweiligen nationalen Handlungsmuster in der aktiven wie der passiven Arbeitsmarktpolitik stehen im Mittelpunkt dieser Studie. Sie „handelt von Institutionen. Speziell davon, wie drohende oder akute Arbeitslosigkeit von gesellschaftlichen Institutionen verarbeitet wird, und besonders davon, welche Rolle die Finanzierungssysteme spielen“. Die Autoren begreifen die Finanzierungssysteme als Institutionen, die als Filter für Informationen und Interessen wirken, aber auch Anreize für individuelle und kollektive Entscheidungsträger geben, so daß Institutionen mögliche Entscheidungs- und Handlungsalternativen von vornherein selektiv eingrenzen. In dieser Eigenschaft sind Finanzierungsorganisationen der Arbeitsmarktpolitik politisch nicht neutral, sie reflektieren Machtverhältnisse und sind daher prinzipiell auch veränderbar.

In ihrem internationalen Vergleich bilden die Bundesrepublik, Österreich, Frankreich, Großbritannien, die USA und Schweden die Untersuchungseinheiten, der Zeitraum der Studie umfaßt die Jahre 1973 bis 1985. Gerade ein derartiger Vergleich eröffnet die Chance, die Wirksamkeit national unterschiedlicher Finanzierungssysteme für die materielle Versorgung der Arbeitslosen und die finanzielle Ausstattung der Arbeitsmarktpolitik zu testen. Nach einer Charakterisierung der Finanzierungs- und Organisationssysteme der Arbeitsmarktpolitik in den sechs Ländern wird dann jeweils getrennt die Ar-

beitslosenversicherung und die aktive Arbeitsmarktpolitik unter speziellen Fragestellungen untersucht. Darüber hinaus werden auch die institutionellen Möglichkeiten einer gegenseitigen Aufrechnung passiver gegen aktive Arbeitsmarktpolitik untersucht.

Ein Ergebnis der Studie ist, daß die national unterschiedlichen Finanzierungssysteme zum größten Teil den Unterschied in den jeweiligen aktiven wie passiven Arbeitsmarktpolitiken erklären können. Schon allein die Tatsache, ob die Finanzierung der Arbeitsmarktpolitik beitrags- oder steuerfinanziert ist, wirkt sich dahingehend aus, daß beitragsfinanzierte Systeme ihre Leistungen zunehmend auf die Beitragszahler konzentrieren, dagegen „Risikogruppen des Arbeitsmarktes mehr und mehr ausgrenzen“. Zudem sind Beitragssysteme kaum in der

Lage, regionalen Ungleichgewichten in der Arbeitsmarktentwicklung entgegenzusteuern. In der Bundesrepublik Deutschland erhalten die Arbeitsamtsbezirke mit den niedrigsten Arbeitslosenraten für die aktive Arbeitsmarktpolitik überproportionale, die Bezirke mit den höchsten Arbeitslosenquoten nur unterproportionale Ausgabenanteile.

Wer sich mit dem Zustand der Massenarbeitslosigkeit noch nicht abgefunden hat, dem sei die Lektüre dieses Buches empfohlen. Denn aus der internationalen Perspektive werden für das hiesige Finanzierungssystem Reformvorschläge abgeleitet, die gewährleisten könnten, daß die Arbeitsmarktpolitik auch eine erweiterte beschäftigungspolitische Rolle übernehmen kann.

Klaus Zühlke,
Hamburg